



AFGHANISTAN

Gedenken an den Fall von Kabul
15. August 2021 - 15. August 2022:
Rückblick auf die Zerstörung eines Berufsstandes



PROTECT-LAYERS.ORG



INTERNATIONALES
OBSERVATORIUM
FÜR RECHTSANWÄLTE



AFGHANISTAN
AUGUST 2022

KONTEXT

Der plötzliche Fall Kabuls in die Hände der Taliban am 15. August 2021 und die Wiedereinsetzung der Taliban-Regierung setzten 20 Jahren sozialer Entwicklung und dem Aufbau der Rechtsstaatlichkeit ein Ende. Dies führte dazu, dass Tausende Menschen aus Afghanistan flohen, darunter viele Rechtsanwälte, Richter und Staatsanwälte. Anlässlich des ersten Jahrestages des Falls von Kabul startet das Internationale Observatorium für bedrohte Anwälte (OIAD) eine Unterstützungs- und Advocacy-Kampagne, um ihre Bereitschaft zu zeigen, weiterhin eine unabhängige Anwaltskammer in Afghanistan und unsere afghanischen Kollegen zu unterstützen, unabhängig davon, ob sie sich in Afghanistan oder im Exil befinden.

2001- 2021: Der Versuch, einen Rechtsstaat aufzubauen

Der Sturz des Taliban-Regimes im November 2001 nach der Invasion der USA und der NATO endete mit der Unterzeichnung der Bonner Abkommen. Ziel der Abkommen war es, den afghanischen Behörden die Rückkehr an die Macht zu ermöglichen, um eine neue Verfassung für das Land zu schaffen.

Mehr als zwanzig Jahre lang war Afghanistan von Konflikten zwischen Regierungstruppen und nichtstaatlichen Akteuren geprägt. Trotz der Bemühungen um den Aufbau eines Rechtsstaats blieben viele Schwierigkeiten bestehen, insbesondere in Bezug auf Korruption, Straflosigkeit, Menschenrechte und das Recht auf ein faires Verfahren.

Während dieser Zeit haben Anwälte eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit in Afghanistan gespielt. Die Gründung der Unabhängigen Anwaltskammer Afghanistans (AIBA) im Jahr 2008 ermöglichte es den Anwälten, mit der Garantie des Schutzes und des gleichen Zugangs zum Beruf für Männer und Frauen zu praktizieren. Durch ihre Unabhängigkeit, ihre paritätische Führung und ihren regierungsunabhängigen und apolitischen Status verfolgte die Anwaltskammer die demokratischen Werte des Schutzes der Grundrechte, eines fairen Verfahrens und der Unabhängigkeit der Justiz.

15. August 2021: Der Fall von Kabul und die Folgen für Anwälte

Nach dem Abzug der letzten in Afghanistan stationierten US-Truppen stürmten die Taliban das Land, bevor sie am 15. August 2021 die Hauptstadt erreichten. Der Fall von Kabul markierte die Machtübernahme der Taliban und die Desertion der afghanischen Regierung.

Aufgrund ihrer sehr aktiven Rolle bei der Verteidigung der Grundrechte der afghanischen Bürger wurden die Anwälte nicht nur vom neuen Regime, sondern auch von den freigelassenen Häftlingen sofort ins Visier genommen. Rund 30.000 Kriminelle wurden aus dem Gefängnis entlassen, von denen etwa 10.000 eine direkte Bedrohung für Anwälte darstellen, entweder weil sie ihre ehemaligen Anwälte für ihre Verurteilung verantwortlich machen oder weil die Anwälte, insbesondere Anwältinnen, Opfer in Fällen vertreten haben, in denen diese Gefangenen verurteilt wurden.

DER VERFALL DER UNABHÄNGIGEN ANWALTSKAMMER VON AFGHANISTAN (AIBA)

Am 22. November 2021 veröffentlichte das Justizministerium der Taliban ein Dekret, mit dem die AIBA ihrer Unabhängigkeit und ihrer Fähigkeit beraubt wurde, Anwälten Lizenzen zu erteilen. Das Dekret besagt, dass nur von den Taliban zugelassene Anwälte vor Gericht auftreten dürfen.

Am 23. November 2021 wurde die AIBA von den Taliban angegriffen, wodurch die Ernennung eines neuen Präsidenten der Anwaltskammer erzwungen wurde, der eng mit dem Justizministerium der Taliban verbunden ist. Dadurch erhielten die Taliban Zugang zur Datenbank der AIBA, die detaillierte persönliche Informationen über die Familien und Klienten der Anwälte enthielt. Dies setzte die Anwälte der AIBA schweren Repressalien aus: 12 Morde, 171 Verhaftungen und ernsthafte Drohungen gegen sie, insbesondere gegen Anwälte, die sich für Menschenrechte und Frauen einsetzen.

[Weitere Informationen.](#)

AUSÜBUNG DES RECHTSANWALTSBERUFS IN AFGHANISTAN HEUTE

Das Justizministerium kündigte an, dass afghanische Anwälte ihre Zertifizierung im Rahmen eines neuen, vom Ministerium festgelegten Qualifikationsverfahrens erneuern müssen.



Die 2.270 Anwälte, die noch im Land tätig sind, müssen eine Prüfung ablegen, bei der die Fragen aus religiösen Themen stammen und sich nicht auf juristische Qualifikationen beziehen. Die Zertifizierungskandidaten müssen außerdem die Zustimmung des Geheimdienstes der Taliban zu ihrer möglichen Vorgeschichte wie ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen und dem früheren Regime einholen.



Frauen wird das Recht auf Berufstätigkeit verweigert

Die Frauen wurden von den Taliban sofort ihres Rechts beraubt, als Anwältinnen tätig zu werden. Viele Anwältinnen werden wegen ihrer Arbeit in sensiblen Fällen, in denen es um die Rechte von Kindern und Frauen geht, mit dem Tod bedroht. Dazu gehören Fälle von Gewalt in der Ehe und Familie, Unterrichtsverbot, Zwangsisolation und Arbeitsplatzentzug.

Diese Drohungen wurden so schlimm, dass viele Anwältinnen gezwungen waren, sich zu verstecken und ihre Adressen und Telefonnummern zu ändern. Derzeit sind Frauen nicht in das neue Qualifikationsverfahren für den Anwaltsberuf einbezogen und dürfen die Gebäude des Justizministeriums nicht betreten.

Erfahrungsberichte von Anwälten in Afghanistan



Aus Sicherheitsgründen werden die folgenden Erfahrungsberichte anonym veröffentlicht, um die Rechtsanwälte, die sie geteilt haben, nicht zu gefährden.

Herr Mohammad aus der Provinz Herat

[Name fiktiv, Anwalt in Afghanistan]

Der Anwalt Mohammad hat jede Aussicht auf eine berufliche Karriere verloren. Aufgrund seiner anwaltlichen Tätigkeit in mehreren Fällen in der Vergangenheit betrachten ihn die Taliban als ihren Feind. Aufgrund dessen musste er mit seiner Familie aufgrund des hohen Risikos von Vergeltungsmaßnahmen aus seinem Haus fliehen. Obwohl es ihm gelang, in den Iran zu gelangen, wurde er in der Nähe der iranischen Grenze festgenommen, von seiner Familie getrennt und mehrere Wochen lang von den Taliban gefangen gehalten und gefoltert. Heute lebt er anonym in Afghanistan, ist von seiner Familie getrennt und arbeitet als Verkäufer, um zu überleben. ER beklagt, dass der Beruf des Rechtsanwalts seinen Wert verloren hat: *"Die Taliban ermöglichen den Zugang zum Beruf Einzelpersonen, die Anhänger der Regierung sind, Absolventen von religiösen Schulen, die keine Ahnung von Recht haben"*.

[Videobericht ansehen](#)

Frau Zulikha aus der Provinz Kabul

[Fiktiver Name, Anwältin in Afghanistan]

Für Frau Zulikha bedeutete die Machtübernahme der Taliban-Regierung wie für alle anderen afghanischen Anwältinnen das Verbot, ihren Beruf auszuüben. Sie bedauert, dass seit dem Fall Kabuls im August 2021 der Beruf des Rechtsanwalts im Land nicht respektiert wird. Sie kritisiert insbesondere, dass ihre noch praktizierenden Kollegen *"einer starken Stigmatisierung gegen sie durch die Taliban-Behörden vor den Gerichten ausgesetzt sind, die Druck auf die Opfer ausüben, damit sie die Rechtsverteidigungsdienste der Anwälte nicht in Anspruch nehmen"*. Darüber hinaus erschwert die jüngste Ankündigung der Taliban, die Scharia als einziges geltendes Gesetz in Afghanistan einzuführen, die Ausübung des Anwaltsberufs heute erheblich.

Herr Massoud aus der Provinz Herat

[Fiktiver Name, Anwältin in Afghanistan]

Als afghanischer Anwalt, der sich auf die Verteidigung der Rechte von Frauen und Kindern spezialisiert hat, floh Massoud nach dem Fall Kabuls im August 2021 nach Pakistan. Da es ihm jedoch nicht möglich war, in Pakistan ein Visum zu erhalten und seinen Status zu legalisieren, musste er nach Afghanistan zurückkehren. Der Anwalt erklärt, dass *"ich seit meiner Rückkehr mit zahlreichen Klagen und Anklagen gegen mich konfrontiert war, die mit meiner Arbeit als Anwalt und Menschenrechtsaktivist zusammenhingen. Ich musste sogar hohe Geldstrafen zahlen, um mich gegen diese Anschuldigungen zu verteidigen, um mein Leben zu retten"*.

[Videobericht ansehen](#)

AFGHANISCHE ANWÄLTE IM EXIL: ERFAHRUNGSBERICHTE



Nach der Verschlechterung der humanitären Lage in Afghanistan im Jahr 2021 sind derzeit 3,4 Millionen Menschen durch den Konflikt vertrieben, wobei 2 Millionen afghanische Flüchtlinge im Iran und in Pakistan registriert sind. Darunter sind viele Anwälte und Anwältinnen, die aus dem Land fliehen wollten, um den schweren Bedrohungen für ihr Leben und das ihrer Familien zu entgehen. Nach Angaben der AIBA befinden sich derzeit mehr als 400 afghanische Anwälte im Exil.

Die von der Observatorium gesammelten Zeugenaussagen bringen die tatsächlichen Schwierigkeiten zum Ausdruck, mit denen diese Anwälte, die ins Exil gezwungen wurden, konfrontiert sind. Die Beantragung und Prüfung eines Visums durch die zuständigen Behörden dauert mehrere Monate, und viele von ihnen befinden sich dann in einer irregulären Situation im Iran oder in Pakistan. Außerdem sind sie meist gezwungen, mit äußerst geringen Mitteln zu leben, was ihre Verletzlichkeit noch erhöht.



Rohullah Qarizada

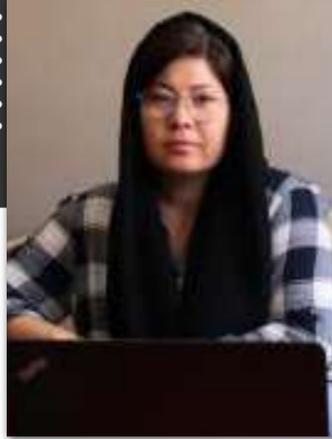
[Präsident der Unabhängigen Afghanischen Anwaltskammer (AIBA)]

Der Präsident der Unabhängigen Afghanischen Anwaltskammer (AIBA), Rohullah Qarizada, erinnert daran, « dass die AIBA noch vor einem Jahr die

größte unabhängige Anwaltsvereinigung des Landes mit mehr als sechstausend Mitgliedern, darunter 30 Prozent Frauen, war, die den Berufsstand verteidigte und sich für die Rechte aller Bürger einsetzte ». Herr Qarizada verurteilte die Tatsache, dass « die Taliban nach ihrer Machtübernahme alle Rechts-, Justiz- und Menschenrechtsorganisationen, einschließlich der AIBA, beseitigt haben. Am 24. November 2021 griffen die Taliban die Büros der AIBA mit Waffengewalt an. Die Mitarbeiter und Führungskräfte der AIBA wurden mit äußerster Gewalt sowohl physisch als auch durch Erniedrigungen aus ihren Büros vertrieben. Einige wurden sogar inhaftiert. Die Taliban übernahmen dann die Kontrolle über die Büros und hatten Zugang zu allen Computern und Daten, die die Anwälte betrafen. » Aus seinem Exil versichert der Präsident, dass der AIBA-Vorstand seine Bemühungen zur Unterstützung seiner Mitglieder fortsetzt. Zu diesem Zweck weist Qarizada darauf hin, dass die AIBA im Exil mithilfe der Zusammenarbeit internationaler Organisationen und Anwaltskammern wieder aktiv werden wird.

[Videobericht ansehen](#)





Hakima Alizada

[Anwältin, die durch die Ankunft der Taliban zweimal ins Exil gezwungen wurde]

Als Anwältin hat sich Hakima Alizada auf die Verteidigung der Rechte von Frauen und Kindern sowie der Menschenrechte spezialisiert.

Sie hat jahrelang für das Justizministerium und die Unabhängige Menschenrechtskommission in diesem Bereich gearbeitet. Im Hinblick auf die Ausübung des Anwaltsberufs in Afghanistan vor dem Fall von Kabul prangert Hakima an, dass *"es eine weit verbreitete Meinung gibt, dass Frauen weniger fähig sind als Männer"*. Hakima räumt jedoch auch ein, dass *„sich die Situation dank der Verfassung, die auf der Gleichberechtigung von Männern und Frauen beruht, allmählich verbessert hat“*. Seit der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 lebt sie zum zweiten Mal in ihrem Leben im Exil.

[Videobericht ansehen](#)



Hafedzada Mohammad Ayatullah:

„Ich bin seit 2016 als Rechtsanwalt zugelassen und unter der Nummer 3407 registriert. Ich habe an zahlreichen Schulungen zum Thema Menschenrecht teilgenommen und war außerdem in der offiziellen Übersetzung und Ausstellung von offiziellen Dokumenten des Justizministeriums tätig.“

Außerdem war ich ehrenamtlich in der Afghanistan Youth Volunteers Organization tätig. In dieser Organisation war ich als Menschenrechtsverteidiger und auch als Notar tätig. Ich habe eine große Anzahl von Fällen bearbeitet, in denen es um schwere Gewalt gegen Frauen, Folter und Scheidungen ging, die mir zahlreiche Drohungen von Personen einbrachten, die in diese Fälle verwickelt waren, wie z. B. von den Taliban. Meine Schwester ist eine sehr engagierte Richterin. Sie hat auch an zahlreichen Radio- und Fernsehsendungen über die Rechte von Frauen und Kindern teilgenommen. Meine Schwester und ich erhielten zahlreiche Nachrichten, in denen sie aufgefordert wurde, ihr Amt als Richterin niederzulegen, da "eine Frau nicht Richterin sein kann". Als die Taliban die Kontrolle über Afghanistan übernahmen, nahm meine Schwester Kontakt mit der Pariser Anwaltskammer auf, um Hilfe und Unterstützung bei den Evakuierungen zu erhalten. Leider erschwerte der Anschlag auf den Flughafen von Kabul die Evakuierungen. Zwei Monate lang mussten ich und meine Familie sich an verschiedenen Orten im Land verstecken, oft mit sehr wenig Geld. Schließlich wurden wir in die Vereinigten Arabischen Emirate evakuiert, wo wir mehrere Monate in einem Flüchtlingslager verbrachten. Wir waren zwar in Sicherheit, aber da wir kein Visum für das Aufnahmeland hatten, war es uns unmöglich, das Lagergelände zu verlassen, was es sehr kompliziert machte, offizielle Behörden oder Botschaften zu kontaktieren. Sechs Monate später konnten wir schließlich ein Visum für Frankreich erhalten. Gott sei Dank lebe ich nun mit meiner Familie an einem Ort, an dem ich sicher bin, wir haben eine Unterkunft und ich habe am 21. Juli 2022 meinen Flüchtlingsstatus erhalten. Ich möchte mich besonders bei den französischen Behörden und der Pariser Anwaltskammer für ihre Unterstützung und ihre Maßnahmen zur Rettung vieler afghanischer Anwälte, darunter auch ich, bedanken. Ich bete dafür, dass eines Tages auch andere Anwälte, die im Exil leben, in ein sicheres Land evakuiert werden können. Grüße an alle Verbündeten der Justiz in der ganzen Welt".